

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Digitalisierung und Datenschutz

13. Sitzung
5. Oktober 2022

Beginn: 09.33 Uhr
Schluss: 11.36 Uhr
Vorsitz: Christian Wolf (FDP)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

1. Laut Meldung des BMI vom 22.09.2022 werden drei Bundesländer mit den bilateralen Unterzeichnungen eines Letter of Intent (LoI) zukünftig die BundID mitnutzen und ihre eigenen Nutzerkonten sukzessive aufgeben.

In welchem Stadium der Vorbereitung befindet sich der Berliner LoI, wann kann mit dem Abschluss gerechnet werden und was verspricht sich der Senat von diesem?

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) antwortet auf die Frage von **Roman-Francesco Rogat** (FDP), dass der Senat den gemeinsamen Letter of Intent in einigen Wochen unterzeichnen werde. Die BundID ermögliche vertrauliche Kommunikation mit passwortgeschützter Anmeldung über eine ELSTER-Registrierung oder die Online-Ausweisfunktion des Personalausweises. Berlin sei so eines der Länder, die Hessen, Saarland und Sachsen-Anhalt folgten. Ein einheitliches System sei im Interesse von Bund und Ländern.

Roman-Francesco Rogat (FDP) fragt, ob der Zeitrahmen präzisiert werden könne.

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) antwortet, das sei noch nicht möglich.

2. Nach der Warnung durch Berliner Sicherheitsbehörden und der Sabotage der Gaspipelines in der Ostsee:

Wurden in der vergangenen Zeit eine überdurchschnittliche Anzahl von unerlaubten Zugriffversuchen auf die Berliner digitale Infrastruktur registriert und wie haben sich die Berliner Behörden und das ITDZ zusätzlich darauf vorbereitet?

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) antwortet auf die Frage von **Christopher Förster** (CDU), dass sich die Anzahl der Angriffe auf das Landesnetz auf gleichbleibendem Niveau bewege. Zur Abwehr stimme sich Berlin kontinuierlich mit allen anderen Ländern und dem BSI ab. Empfehlungen, Analysen, und zu treffende Vorkehrungen leite der Senat ständig an die Verwaltungen weiter. Weiterhin sei Berlin durch das ITDZ und das neue Security-Operations-Center in der Lage, notwendige Ressourcen bei akutem Schadens-, Störungs- oder Angriffsfall schnell hochzufahren.

Christopher Förster (CDU) fragt, ob Landesunternehmen mit Problemen oder Unterstützungsbedarf auf logistische oder technische Unterstützung des ITDZ zurückgreifen könnten. Weiterhin halte er eine detaillierte nichtöffentliche Besprechung zu dem Thema für sinnvoll.

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) erläutert, der Auftrag des ITDZ beziehe sich vor allem auf das Berliner Landesnetz. Wenn Infrastrukturunternehmen des Landes daran beteiligt seien, seien sie in die Sicherheits- und Schutzmaßnahmen einbezogen. Weiterhin finde ein kontinuierlicher Austausch in einem Arbeitskreis für kritische Infrastruktur statt, und sie erhielten Unterstützung und Informationen der Bundesebene zur aktuellen Bedrohungs- und Sicherheitslage vom Senat.

Stefan Ziller (GRÜNE) will wissen, ob die Berliner Wahlsoftware für die nächsten potenziellen Wahlen up to date sei.

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) versichert, sie sei up to date. Berlin sei auch in Sachen IT-Infrastruktur für eine störungsfreie Durchführung von Wahlen gerüstet. Ein Untersuchungsbericht zur Bundestagswahl 2017 für SenInnDS habe IT-Störungen aufgezeigt, die dazu geführt hätten, dass Wahlergebnissen nicht schnell genug weitergegeben, zusammengeführt und zusammengefasst worden seien. Diese Störungen seien schon bei den Wahlen 2019 und 2021 behoben worden. Das ITDZ aktualisiere in Zusammenarbeit mit dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg die Berliner IT-Infrastruktur für Wahlen. Der Bericht, der in den vergangenen Wochen in den Medien zitiert worden sei, beschäftige sich ausschließlich mit den Störungen der Informationstechnikinfrastruktur. Auf Basis dieses Berichts sei nicht auf andere organisatorische Defizite schließbar. Berlin sei mit seinen digitalen Voraussetzungen gut gerüstet. Die übrigen organisatorischen Voraussetzungen würden entsprechend der Empfehlungen der Expertenkommission umgesetzt.

Tobias Schulze (LINKE) erkundigt sich, wie BlnBDI die Berichte von AlgorithmWatch zur Vergabe des Landes der Impfinfrastruktur an das Portal Doctolib bewerte. Sei die Technikfolgenabschätzung und die Analyse der Vergabe gut gelaufen?

Volker Brozio (BlnBDI; kommissarischer Leiter) weist darauf hin, BlnBDI sei nicht unmittelbar an der Vergabe beteiligt gewesen. Seine Behörde habe im Vorfeld auf die Anforderungen hingewiesen. Der Jahresbericht 2021 habe über Missstände der vorherigen Kampagne bei der Vereinbarung von Doctolib und der Senatsverwaltung berichtet.

Dr. Ulrich Vollmer (BlnBDI; stellvertretende Leitung IV) unterstreicht, Algorithmen zur Terminvergabe hätten BlnBDI bisher nicht beschäftigt. Eine Datenverarbeitung mit potenziell hohen Risiken erfordere eine Datenschutzfolgenabschätzung. In diesem Fall seien unter anderem Gesundheitsdaten Betroffener Gegenstand, sodass eine Datenschutzfolgenabschätzung durch den Verantwortlichen, hier die entsprechende Senatsverwaltung, durchzuführen sei. Die Algorithmik sei seiner Kenntnis nach nicht Teil der Datenschutzfolgenabschätzung gewesen.

Eine automatisierte Entscheidungsfindung dürfe nicht unverhältnismäßig in die Rechte der Personen eingreifen. Die Relevanz hänge mit der Differenz zwischen gewünschtem und angebotenen Termin zusammen. Vergabealgorithmen seien in der Regel unproblematisch, solange es nicht zu großen Terminabweichungen komme.

Tobias Schulze (LINKE) weist darauf hin, der Vertrag sei durch eine IFG-Anfrage öffentlich geworden. Plane BlnBDI, den Vertrag anzuschauen? Plane die Behörde weiterhin, die Vergabe an Unternehmen, die kostenlose Leistungen anböten und dafür Daten von Bürgerinnen und Bürgern erhielten, anzuschauen und eine Empfehlung abzugeben?

Dr. Ulrich Vollmer (BlnBDI; stellvertretende Leitung IV) merkt an, die Vorgänge seien bei BlnBDI noch nicht abgeschlossen. BlnBDI habe der Senatsverwaltung und Doctolib ihre Auffassung zum Umgang mit den Accounts dargelegt.

Jan Lehmann (SPD) macht darauf aufmerksam, dass Berlin in dem „E-Government Survey 2022“ der Vereinten Nationen erfreulicherweise Platz 1 des Rankings belege. Wie sei dies im Senat angekommen, und wie arbeite er daran, dass Berlin oben bleibe?

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) stimmt zu, dass Berlins Platzierung erfreulich sei. Interessant und wichtig sei der „Local Online Services Index“ gewesen, der kommunale Dienstleistungen in den Städten und Onlineauftritte bewerte. Die Kategorien seien: digitale Informationsangebote; Dienstleistungen; Unterstützung von Partizipation und zivilgesellschaftlichem Engagement; und Technologie und technologische Entwicklungen. – Berlin schneide über die Kategorien hinweg auf Platz 1 ab, noch vor Madrid, Kopenhagen oder Tallin. Insgesamt sei der Abstand zwischen den Großstädten aber gering. Verbesserungspotenzial sehe der Senat bei Serviceangeboten, bei denen Berlin auf Platz 4 liege. Die Studie zeige, dass Fremd- und Eigenwahrnehmung auseinanderlägen.

Vorsitzender Christian Wolf erklärt die Aktuelle Viertelstunde für abgeschlossen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Neuaufstellung des Stadtportals berlin.de
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0017](#)
DiDat

Hierzu: Anhörung

Tobias Schulze (LINKE) merkt an, die Kommunalisierung des Stadtportals werfe Fragen zu Funktionen, zu Schnittstellen zu anderen digitalen Angeboten und zur zukünftigen Weiterentwicklung auf.

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) legt dar, die Grundlage der Kommunalisierung sei der Parlamentsbeschluss vom Juni 2021. Seit 1. Januar 2022 gelte der neue Betriebsvertrag zwischen dem Land Berlin und der BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG, der neben dem Betrieb und dem Support auch Modernisierung von Infrastruktur und Betriebsprozessen regelt, um den Modernisierungstau des vormaligen Hauptgesellschafters abzubauen. Die Neugestaltung umfasse Prozesse, Infrastruktur und neue Angebote auf berlin.de.

Daniel Roleff (RBm – SKzl; Leiter der Landesredaktion/Koordinierung Berlin.de) erinnert daran, dass das Parlament die Kommunalisierung in der vergangenen Wahlperiode konstruktiv begleitet habe. Die Neugestaltung unterscheide zwischen der äußeren Gestaltung und der Funktionalität im Hintergrund.

Die bisher grafisch unterschiedlichen offiziellen Landesangebote und Angebote des Verlages BerlinOnline würden vereinheitlicht. In den vergangenen zwei Jahren sei auf den Landesseiten viel Vorarbeit geleistet worden. Es seien Themenverticals eingeführt worden. Ein mobilorientiertes und barrierearmes Lay-out sei entwickelt worden und werde demnächst versioniert und auf die Betreiberseiten aufgespielt. Der Launch der neuen Startseite erfolge voraussichtlich noch in diesem Jahr.

Die Contentstrategie werde überarbeitet. Das Ziel der gewinnorientierten Vermarktung entfalle, aber Kooperationen mit kommunalen Partnern existierten noch, beispielsweise mit „visit Berlin“. Kooperationen würden kritisch beobachtet.

Ca. 100 000 Einzelseiten aus sehr unterschiedlichen Bereichen seien abgeschaltet worden, und Seiten unter berlin.de müssten in Zukunft immer einen Berlinbezug haben. Seit Corona biete das Portal versuchsweise verwaltungsübergreifende Themenportale an. Das Feature solle ausgebaut werden. Themenportale seien auch zum Krieg in der Ukraine und zur Energiekrise angelegt worden.

In der vergangenen Wahlperiode seien dem Portal die Themen Barrierefreiheit und Mehrsprachigkeit auferlegt worden. Beide Themen seien im großen Umfang in Bearbeitung, und Mehrsprachigkeit werde derzeit mit ressourcenarmen maschinellen Übersetzungen getestet, ohne auf ein datenschutzrechtlich bedenkliches Angebot zurückzugreifen. Für die Barrierefreiheit laufe ein Versuchsprojekt zu KI-gestützten Gebärdensprachavataren. Das Portal führe regelmäßig Barrierefreiheitsprüfungen durch – in diesem Jahr noch fünf weitere. Neben techni-

schen Barrieren seien auch inhaltliche Barrieren ein Thema. In diesem Zusammenhang helfe nun die VAK, das Schulungsangebot zu erweitern. Mitarbeitende erhielten nun vollumfängliche Schulungen in der Digitalkommunikation, nicht nur in der Bedienung des Content-Management-Systems.

Das Portal habe Sicherheitsupdates erhalten. Neu sei auch ein Support-Wiki, und der Anbieter für Wetterdienste sei aus datenschutzrechtlichen Gründen ausgetauscht worden. Das Portal werde von imperia 10 auf imperia 11 migriert, das die Barrierefreiheit für Redakteurinnen und Redakteure verbessere und eine entwicklungsbegleitende Barrierefreiheitsprüfung enthalte. Teil der Umstellung sei eine Barrierefreiheitsprüfung.

BerlinOnline fasse nun Themengebiete im Projektmanagement zusammen. Ein Datenschutz- und ein Informationsmanagementsystem würden bis Ende 2023 eingeführt.

Für die Qualitätssicherung versuchten sie externe Audits durchzuführen. Ein Wunsch sei auch, einen zivilgesellschaftlichen Beirat zu realisieren. Große Stakeholder aus der Verwaltung kooperierten seit Anfang 2022 im Landesbeirat zum Hauptstadtportal. Themenbezogene Kooperationen zum Thema Barrierefreiheit seien in Planung. Mit der Lebenshilfe gebe es Gespräche, ob Kooperationen zu barrierefreien Angeboten denkbar seien.

Friederike Rohde (Bündnis digitale Stadt Berlin; Sprecherin) erläutere, ihr Bündnis sei ein parteiübergreifendes Netzwerk von Akteuren aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Gemeinwohlökonomie, das seit 2019 existiere. Berlin habe die Deklaration der „Cities Coalition for Digital Rights“ unterschrieben und sich so zur Gestaltung des digitalen Raums nach bestimmten Vorgaben verpflichtet: universeller und gleichberechtigter Zugang; Privatsphäre, Datenschutz und Sicherheit; Transparenz, Rechenschaftspflicht und Nichtdiskriminierung; partizipative Demokratie und offene Standards. – Ziel des Bündnisses sei, dazu beizutragen, dass digitalpolitische Prozesse partizipativer gestaltet würden und Transparenz für die Stadtgesellschaft hergestellt werde.

In der Gründungserklärung habe sich das Bündnis mit der Digitalisierungsstrategie beschäftigt, die gemeinwohlorientiert, nachhaltig und souverän gestaltet werden müsse. Dieser Aufruf sei von 30 Organisationen mitunterzeichnet worden, auch von AlgorithmWatch. Die Zivilgesellschaft und transformationsorientierte Wissenschaft böten eine breite Expertise, um solche Prozesse mitzugestalten.

Beim ersten runden Tisch zu Digitalisierungspolitik sei das erste Thema die Smart-City-Strategie gewesen.

Beim Thema berlin.de habe das Bündnis zunächst in einem offenen Brief formuliert, dass die Kommunalisierung des Portals als Chance begriffen werden müsse, um einen Zugang zu allen relevanten Informationen und eine partizipative Entwicklung und Redaktion zu schaffen. Daneben sei es wichtig, offene Daten zu nutzen und offene Standards zu etablieren.

berlin.de sei auf einem guten Weg. Ein Expertinnen- und Expertenworkshop mit den Akteuren vom ITDZ, von BerlinOnline und der digitalen Zivilgesellschaft habe sich damit beschäftigt, welche Ansatzpunkte es gebe, und wo auf Kompetenzen der Zivilgesellschaft zurückge-

griffen werden könne. Der runde Tisch dazu sei auch online verfügbar. Die Informationen aus diesem Prozess seien transparent verfügbar.

Ziel des Bündnisses sei ein nutzeroptimiertes und strategisch weiterentwickeltes Stadtportal. Dafür sei eine institutionalisierte Form der Zusammenarbeit notwendig. Ein Beirat aus Bürgerinnen und Bürgerinnen und Expertinnen und Experten und Zivilgesellschaft und Verwaltung müsse die Arbeit begleiten. In dem Survey der Vereinten Nationen sei deutlich geworden, dass so etwas das Aushängeschild einer Stadt sein könne. Berlin habe die Chance, ein vorbildliches Stadtportal zu schaffen, das die Perspektive der Stadtgesellschaft einbeziehe.

Volker Brozio (BlnBDI; kommissarischer Leiter) hebt hervor, die beiden Ausführungen hätten das Thema Daten mehrfach angesprochen. Die BlnBDI beteilige sich auch gerne mit ihrer Expertise bei der Weiterentwicklung des Portals.

Marc Vallendar (AfD) führt aus, seine Fraktion sehe das Vorhaben ambivalent. Es sei begrüßenswert, dass durch die Auflösung der Public-private-Partnerships eine Reihe von Datenschutzprobleme gelöst würden. In der Vergangenheit sei bei der Nutzung von behördlichen Serviceangeboten nicht ausgeschlossen worden, dass Daten an Dritte abfließen.

Misstrauisch sei die AfD bei der geplanten redaktionellen Ausweitung. Warum sei dies notwendig? Je größer das redaktionelle Angebot sei, desto mehr trete das Portal mit der freien Presse in Konkurrenz und desto größer sei die Gefahr einer Ideologisierung mit meinungsbildenden Inhalten. Es müsse zudem eine strikte Trennung zwischen behördlichen Angeboten und redaktionellen Inhalten geben. Das Portal möge sich auf inhaltliche Angebote außerhalb von Meinungsbildung und auf Themen mit konkretem Bezug zur Stadt beschränken, beispielsweise Informationen über die Arbeit von Behörden oder Angebote, die der Förderung des Tourismus dienlich seien.

Diese Forderungen seien auch vom Bundesgerichtshof aufgezeigt worden, wie Urteile zu kommunal betriebenen Stadtportalen in den letzten Jahre zeigten. Insbesondere sei das letztinstanzliche Urteil zum Stadtportal dortmund.de erhellend. Inhalte müssten demnach Bezug zur Stadt haben, dürften keine oder nur sehr geringe Anteile meinungsbildender Inhalte enthalten, da dies ein Privileg der freien Presse sei. Das Portal dürfe beim Leser nicht den Eindruck einer Tageszeitung erwecken. Der Stadt Dortmund sei Recht zugesprochen worden, aber ein Blick auf das Urteil lohne sich. Redaktionelle Inhalte böten Fläche für Klagen und seien nicht Aufgabe des Stadtportals.

Jan Lehmann (SPD) erkundigt sich, was die am meisten und wenigsten genutzten Angebote seien. Was werde entfallen? Könnten Bezirke in Zukunft weiterhin eigene Angebote darstellen? Auch Barrierefreiheit und Responsive Design der Website seien sehr wichtig. Würden die Komplexität und die Anzahl der Seiten verringert? Seien bei automatisch übersetzten Sprachen alle verfügbaren gemeint, oder werde das Portal die Übersetzungen überprüfen? Wie werde entschieden, welche Sprachen dargestellt würden?

Tobias Schulze (LINKE) hebt hervor, in der Pandemie und aufgrund der Situation mit Geflüchteten werde die Wichtigkeit eines funktionierenden Stadtportals mit interaktiven Angeboten und Kommunikationsmöglichkeiten mit den Verwaltungen deutlich. Der „E-

Government Survey“ der Vereinten Nationen zeige, dass Berlin auf einem guten Weg sei. Die vollständige Hoheit über das Portal sei für ein in diesem Sinne gutes Angebot wichtig.

Er danke dem „Bündnis digitale Stadt Berlin“, Herrn Roleff und der BerlinOnline-Redaktion sowie den jeweiligen Kolleginnen und Kollegen der Beteiligten, dass der Prozess der Neuaufstellung bei laufendem Betrieb so gut gelaufen sei.

Sei geplant, Ticketing für Kultureinrichtungen auszuweiten? Sei der Übergang zum ITDZ gut gelaufen. Welche Perspektiven für die Zusammenarbeit des Stadtportals und des ITDZ gebe es? Wie hätten sich die Zugriffszahlen seit der Übernahme und Neugestaltung entwickelt?

Habe Frau Rohde internationale Beispiele für Community-Building und zivilgesellschaftliche Ideen, die in digitale Anwendungen übersetzt worden seien?

Die erwähnten Urteile zeigten, dass teilredaktionelle Inhalte möglich seien, die aber selbstverständlich keine Presseangebote ersetzen dürften. Informationen müssten aber verständlich bereitgestellt werden. Es sei keine Lösung, Amtstexte direkt online zu stellen. Mit welchen redaktionellen Inhalten sei zu rechnen? Welche Inhalte könnten von zivilgesellschaftlicher Seite beigesteuert werden? Seien Vernetzungsgedanken ähnlich zum kommerziellen Anbieter nebenan.de in Überlegung?

Roman-Francesco Rogat (FDP) begrüßt, dass der Prozess nach anfänglichen Schwierigkeiten auf einem guten Weg sei. Er schließe sich den Fragen nach dem Übergang zum ITDZ und zu Zugriffszahlen an. Inwiefern sei gedacht, solche Zahlen auch transparent darzustellen?

Spielten zudem das Stadtmarketing und herausragende Dinge aus Unternehmen und Zivilgesellschaft bei der redaktionellen Auswahl von Artikeln eine Rolle? Würden landeseigene Betriebe mit aufgenommen und vernetzt? Würden das Open-Data-Portal oder zukünftige Transparenzportale integriert werden? Spielten die Bezirke und deren redaktionelle Inhalte eine Rolle? Sei im Zusammenhang mit Allris etwas geplant? Werde die Ordnungsamt-App integriert, und sei eine Bündelung denkbar?

Bei der Datenerhebung auf dem Portal gebe es eine Abwägung zwischen Nutzen für Dienstleistungen und Datenschutz. Würden Daten gespeichert, und wie werde dies aufgebaut sein?

Stefan Ziller (GRÜNE) weist darauf hin, dass ein Stadtportal auf der einen Seite ganz unterschiedlichen Erwartungen gerecht werden müsse, aber andererseits sei die Anzahl der Benutzerinnen und Benutzer bei bisherigen Portalen nicht repräsentativ für Stadtgesellschaft. Mehrsprachigkeit sei auch ein Aspekt.

Es dürfe nicht aufgrund von Überfluss unübersichtlich werden, aber gleichzeitig müsse verhindert werden, dass Nutzerinnen und Nutzer mehrere andere Portale aufrufen müssten. Neben Verwaltungsservices mit BundID seien auch Nachbarschaftstools abseits der kommerziellen Anbieter denkbar. Vielleicht könnten Services, die jemand nutze auch auf verwandte Services des Portals verweisen.

Er begrüße die Idee eines Beirats, vielleicht einen Bürgerinnen- und Bürgerrat.

Christopher Förster (CDU) wünscht sich, dass trendende Themen wie die Ukraine mehr Aufmerksamkeit bei der Aufarbeitung erhielten, auch um nicht mit privatwirtschaftlichen Interessen in Konflikt zu geraten. Gebe es Pläne, das Lay-out zu verändern? Wie werde das Portal mehr Bekanntheit erreichen? Wo lägen die Zahlen der Nutzung von Berlin-Mail?

Christian Wolf (FDP) fragt, welche Zielgruppen das Portal haben werde, auch mit Blick auf Gäste und Investoren. Hätten sich die Zielgruppen mit der Umstellung geändert? Wie würden außerdem mit Blick auf Tourismus die Werbemöglichkeiten aussehen? Arbeite das Portal mit Pushnachrichten bei neuen Inhalten? Seien Video- oder Audioinhalte vorgesehen? Sollte der erwähnte Berlin-Mail-Service aufrechterhalten werden? Wenn nur Bürgerinnen und Bürger befragt würden, gebe es einen Bias, da Gäste nicht befragt würden. Wie würden deren Bedürfnisse abgebildet? Sei es denkbar, im Portal eine interaktive Karte wie die des Business-Location-Centers einzubinden, um die Zielgruppe der Investoren oder Firmen, die sich für den Wirtschaftsstandort Berlin interessierten, anzusprechen?

Dr. Matthias Kollatz (SPD) macht darauf aufmerksam, dass auch über Geld gesprochen werden müsse. Ursprünglich habe das Angebot die öffentliche Hand repräsentiert, sei aber im Wesentlichen privatwirtschaftlich erbracht worden. Für den Neustart habe Berlin das beste-hende Angebot erworben, statt es neu zu starten. Wie sei die Bilanz dieser Entscheidung?

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) trägt vor, für konkrete Hinweise bei einer unzulässigen Vermischung politischer Meinung und Information wäre er dankbar. Herr Abgeordneter Vallendar habe dies im Kontext des Ukrainekriegs benannt, zu dem der Senat eine dezidierte Auffassung habe. Auf dem Stadtportal seien sachliche Informationen für Geflüchtete und diejenigen, die helfen wollen, verfügbar. Eine redaktionelle Aufarbeitung auf dem Portal unterscheide sich klar von journalistisch-politischen Aufarbeitungen in Zeitungen, Zeitschriften oder privaten Onlineangeboten. Das Portal stelle verständliche Aufarbeitungen der Verwaltungsangebote für Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung.

Der Übergang zum ITDZ sei eine richtige strategische Entscheidung für BerlinOnline und das ITDZ gewesen. Der Senat und er selbst als Verwaltungsratsvorsitzender des ITDZ würden dafür Sorge tragen, dass die Attraktivität und Schlagkraft von BerlinOnline steige.

Bei weiteren Angeboten in den Bereichen von Open Data und des Transparenzportals sei es Aufgabe des Senats, für einen kontinuierlichen Prozess zur Weiterentwicklung zu sorgen.

berlin.de müsse ein Stadtportal für alle werden. Die Erfahrungen mit partizipativen Prozessen bei der Strategie „Gemeinsam Digital: Berlin“ seien gut. 70 von 100 zufällig ausgewählten Bürgerinnen hätten teilgenommen, um den Prozess zu begleiten. Er sei grundsätzlich dafür offen, auch Gäste einzubinden oder Trends zu folgen.

Die Entscheidung zwischen Erwerb oder Neustart sei durch das Abgeordnetenhaus vorgegeben worden, aber der Weg, das Angebot zu übernehmen, sei richtig gewesen um parallele Strukturen zu vermeiden.

Daniel Roleff (RBm – SKzl; Leiter der Landesredaktion/Koordinierung Berlin.de) legt dar, für die redaktionelle Befüllung des Hauptstadtportals wünsche sich die Landesredaktion zwar Einfluss auf alle Seiten, aber in der Realität werde das Hauptstadtportal von 3 000 Redakteu-

rinnen und Redakteuren dezentral gepflegt. Die Landesredaktion habe eine koordinierende Funktion und gebe den technischen Rahmen vor. Für manche Teilbereiche seien die Zuständigkeiten ohnehin verteilt, wie beim Serviceportal – SenInnDS – oder dem Open-Data-Portal – SenWiEnBe. Er habe so zwar einen guten Überblick, aber nicht alle Details parat.

Mit den 100 000 abgeschalteten Seiten seien auch viele reichweitenstarke Angebote zu den Themen Beauty, Gesundheit, Lifestyle und Liebe abgeschaltet worden. Das gesamte Portal verzeichne somit einen Rückgang der Zugriffszahlen. Wichtiger seien aber die richtigen Angebote. Das Informationsportal zu Corona sei ein solches Angebot. Es sei unter berlin.de das reichweitenstärkste Angebot jemals gewesen.

Das Hauptstadtportal werde dezentral betrieben, sodass Bezirke für ihre Angebote verantwortlich seien und die Qualität dieser Angebote variere. Diese lokalen Inhalte seien aber besonders wichtig. Mit einem neuen Bezirksaudit, biete die Landesredaktion den Bezirken an, ihre Inhalte aus Sicht von SEO und Barrierefreiheit und aus redaktioneller Sicht auf Verbesserungspotenziale zu untersuchen. Dies werde in der sehr kostengünstigen Pilotphase gut angenommen. In den Bezirken seien meist keine ausgebildeten Onlineredakteurinnen und -redakteure angestellt, sondern Mitarbeitende mit einem Stellenanteil von 10 bis 20 Prozent für das Thema sodass die Landesredaktion die Kolleginnen und Kollegen unterstützen wolle. Auch ein erweitertes Schulungsangebot gebe es.

Ein Fokus solle in Zukunft sein, komplexe Zusammenhänge in verwaltungsdeutscher Sprache einfacher digital zu kommunizieren.

Das Thema Mehrsprachigkeit sei noch am Anfang und mit einem Piloten zum Thema Energie gestartet. Maschinelle Übersetzung mit Deutsch als Ausgangssprache funktioniere nicht so gut wie mit Englisch. Anzumerken sei, dass einige Themen für manche Sprachgruppen wichtiger seien als für andere.

Beim Thema Kulturticketing versuche die Landesredaktion, sich diesem Projekt von SenKultEuropa anzuschließen. Die Engine der Kulturdatenbank sei gut, und der Tech-Stack solle idealerweise einheitlich sein. Momentan nutze das Hauptstadtportal zwei bis drei Anwendungen, die sie aber durch eine neue ersetzen wollten. Die Landesredaktion tausche sich mit der Technologiestiftung und mit SenKultEuropa aus.

Die Frage nach den landeseigenen Betrieben ziele auf das Zielbild ab, wie sich die Landesredaktion das Hauptstadtportal vorstelle. Der Zielzustand sei ein „Single Point of Contact“ für sämtliche Dienstleistungen der öffentlichen Hand: Wohnungsbörse der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, Serviceangebot der Wasserbetriebe, BVG etc.

Die Datenerhebung der Landesredaktion beschränke sich auf anonymisierte Besucherinnen und Besucher. Dies sei eine Herausforderung in der Analyse, aber es sei ein Kompromiss mit Datenschutz.

Die Landesseiten hätten ein neues Lay-out, einschließlich des neuen Logos, die Betreiberseiten noch nicht.

Berlin-Mails seien kein Angebot des Betriebsvertrags. BerlinOnline als kommunale GmbH könne eigenwirtschaftlich Dienste betreiben, wozu auch Berlin-Mail gehöre.

Die Landesredaktion sei eng mit SenFin im Austausch. Die Abwägung, was das Land für Gesellschaftsanteile bereit sei zu zahlen, habe vor drei Szenarien stattgefunden: der mit dem Hauptgesellschafter verhandelbare Preis; der Preis für ein annähernd großes, gutes Angebot durch das ITDZ; der Preis eines Drittanbieters am freien Markt. – Der Schluss sei gewesen, dass der verhandelte Preis die günstigste Option gewesen sei.

Friederike Rohde (Bündnis digitale Stadt Berlin; Sprecherin) ist der Auffassung, Berlin sei bei der Organisation von Zusammenarbeit und Partizipation gut aufgestellt und biete mit mein.berlin.de gute Tools. Es sei aber relevanter, wie diese Zusammenarbeit institutionalisiert sei. Ein besonders demokratisches Partizipationsformat illustrierten Beispiele von Participatory Budgeting in Lissabon, Porto Alegre und Frankreich. Barcelona habe wiederum ein Technological-Sovereignty-Manifest entwickelt, aber auch in Berlin gebe es mit dem Beteiligungsbeirat in der Stadtentwicklung ein gutes Beispiel. Wichtig sei, dass es institutionalisierte Beteiligung mit einem effektiven, handlungsfähigen Gremium mit Geschäftsstelle gebe.

Im Vergleich zum Beteiligungsformat bei der Zusammenführung der Digitalstrategien zu „Gemeinsam Digital: Berlin“ benötige das Stadtportal ein kleineres Beteiligungsgremium von ca. 25 Personen. Es müsse zudem eigene Themenschwerpunkte setzen und mit der Stadtgesellschaft umsetzen können. Vor allem müsse das Portal die Selbstorganisation der Zivilgesellschaft unterstützen, zum Beispiel durch einen interaktiven Veranstaltungskalender, Vernetzungsmöglichkeiten, Informationen zu zivilgesellschaftlichen Organisationen oder Nachbarschaftsplattformen. Es sei auch ein wesentliches Ziel, der „Single Point of Contact“ zu sein, und so unterschiedliche Bedürfnisse und Interessen zu adressieren.

Das Stadtportal sei kein Vermarktungsportal mehr, sondern als digitales Herz der Stadt ein stadtgesellschaftsorientiertes Portal für Menschen, die in der Stadt lebten. Es gebe genügend Angebote und Informationsmöglichkeiten für Touristinnen und Touristen. Über wirtschaftliche Akteure müsse es noch Gespräche geben. Genau für solche Diskussionen und unterschiedliche Interessen sei ein Beirat sinnvoll.

Christian Wolf (FDP) erinnert daran, dass die Fragen zu Werbemöglichkeiten, Zielgruppen und Pushnachrichten noch unbeantwortet seien.

Daniel Roleff (RBm – SKzl; Leiter der Landesredaktion/Koordinierung Berlin.de) hebt hervor, im Parlamentsbeschluss seien Bürgerinnen und Bürger, Gäste, Wirtschaft und Zivilgesellschaft genannt. Hinzu kämen Subgruppen. Ein großer Bereich richte sich bereits mit Serviceangeboten an Bürgerinnen und Bürger, ein weiterer großer Bereich beschäftige sich mit Tourismus und Stadtmarketing. Es seien zudem ein Wirtschaftsportal und ein Open-Data-Portal verfügbar. Dem Thema Zivilgesellschaft solle mehr Raum als in der Vergangenheit eingeräumt werden.

Aktuell würden RSS-Feeds angeboten, die eine Art der Abofunktion darstelle, aber aktive Pushnachrichten seien nicht verfügbar. Videoinhalte seien technisch möglich, befüllt würden auch diese Inhalte von den dezentralen Redakteurinnen und Redakteuren.

Zum Thema Business-Location-Center seien „visit Berlin“ und BerlinOnline im Gespräch. Den Lead habe SenWiEnBe.

Die gewinnorientierte Vermarktung sei für die Zukunft nicht mehr geplant. Vereinzelt Kooperationen gebe es unter anderem mit „visit Berlin“, andere transaktionale Zusammenarbeiten seien denkbar. Andere Werbemöglichkeiten werde es nicht geben. Dies sei als Hauptstadtportal im kommunalen Betrieb in Konkurrenz auf dem Markt nicht mehr zulässig. Allerdings gebe es für landeseigene Einrichtungen die Möglichkeiten der Einbindung beispielsweise von Karriereportalen oder von Fördermöglichkeiten der IBB. Dazu gebe es aber bisher noch keine Nachfrage.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/0529

Gesetz zur Änderung des Landeskrankenhausgesetzes

[0028](#)
DiDat
GesPflGleich(f)

Stefan Ziller (GRÜNE) hebt hervor, der Ausschuss habe das Thema in der letzten Sitzung ausführlich diskutiert. Die Krankenhäuser erhielten für die Zukunft Planungssicherheit, und der Antrag beschreibe einen guten Mittelweg.

Gabriele Jakschies (SenWGPG; Grundsätzliche Rechtsfragen) erklärt, die Verwaltung sei verpflichtet, zu jedem Gesetzentwurf einen Senatsbeschluss herbeizuführen. Der Senat entscheide am 18. Oktober 2022 darüber. Sie sei nicht befugt, der Entscheidung vorzugreifen.

Volker Brozio (BlnBDI; kommissarischer Leiter) erklärt, die Anmerkungen der BlnBDI seien im Antrag im Wesentlichen berücksichtigt, sodass sie keine weiteren Empfehlungen habe.

Marc Vallendar (AfD) befürwortet, dass die Auftragsdatenverarbeitung außerhalb eines Krankenhauses mit dem vorliegenden Antrag nicht vollständig unmöglich werde. Eine strikte Grenzziehung bei Datenverarbeitung außerhalb der EU sei sinnvoll.

Die von der Koalition beabsichtigte Beschränkung auf EU-Auftragsverarbeiter lasse aber eine Lücke für Clouddienste von international agierenden Großkonzernen offen, die wie Amazon oder Microsoft Dependancen innerhalb der EU unterhielten. US-Unternehmen seien einerseits an europäisches Recht gebunden, aber andererseits auch an US-amerikanisches Recht wie den CLOUD Act, sodass es zu einem Normenkonflikt bei der Datenherausgabe kommen könne. Dieser Aspekt hätte berücksichtigt werden müssen. Abgesehen davon sei der Antrag für Rechtssicherheit in der Krankenhaus-IT geeignet, sodass die AfD ihm zustimmen werde.

Tobias Schulze (LINKE) weist darauf hin, dass die Neuregelung eine Anzeigepflicht enthalte, sodass die Datenschutzbehörde einschreiten könne, wenn Datenabflüsse nicht ausgeschlos-

sen werden könnten. Berlin sei ohnehin nur eines von zwei Ländern mit eigener Regelung. Die übrigen Länder verwiesen lediglich auf die DSGVO.

Die Krankenhausbetreiber würden selbst Wert darauf legen, dass Gesundheits- und Patientinnen- und Patientendaten nicht abfließen, weil dies auch wirtschaftlich einen hohen Schaden bedeute. Die Prüfung durch die BlnBDI sei die letzte Konsequenz.

Dr. Matthias Kollatz (SPD) äußert, er wolle die Aussage des Kollegen unterstützen, habe aber auch einen industriepolitischen Wunsch. In Europa seien bisher nicht viele Clouds entstanden. US-Unternehmen hätten solche Versuche stets aufgekauft. Er wünsche sich, dass sich zum Beispiel deutsche Universitätskliniken zusammenschließen und sich weitere anschließen. Wenn Berlin dafür Sorge, dies auch anderen Kliniken zu ermöglichen, gebe es in dem Bereich die Chance einer europäischen Cloud. Er bitte den Staatssekretär, das zu bedenken, und auch die Charité möge dies in Betracht ziehen.

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) teilt mit, er sei dazu mit Herrn Kroemer im Gespräch, der bei Gelegenheit darüber berichten werde.

Der **Ausschuss** beschließt, dem federführenden Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung die Annahme der Drucksache 19/0529 zu empfehlen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Verschiedenes

Jan Lehmann (SPD) äußert, die Position der BlnBDI werde neu besetzt, und er wolle Herrn Brozio für die aktive und instruktive Vertretung der Behörde im Ausschuss danken.

Vorsitzender Christian Wolf bestätigt, der gesamte Ausschuss schließe sich dem Dank an.

Weiteres siehe Beschlussprotokoll.